

„Wir wollen nicht mehr Altenheime auf den Weg bringen“

Demografie ist das Thema bei öffentlicher CDU-Sitzung

Nicht nur die Nachnutzung der Rintel- Stadthagener Eisenbahn, auch der demografische Wandel ist eines der größten Themen bei der öffentlichen Sitzung der CDU-Kreistagsfraktion im Hofcafé Eggelmann gewesen. „Den Landkreis, wie wir ihn jetzt kennen, wird es im Jahr 2025 nicht mehr geben“, sagte CDU-Landratskandidat Klaus-Dieter Drewes.

Obernkirchen. Eine Demografie-Studie des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW) spreche von zwölf Prozent Bevölkerungsabnahme in Schaumburg bis zum Jahr 2025, „das ist die Größe der Samtgemeinde Bad Nenndorf“, so Drewes. Außerdem werde die Bevölkerung älter. Das erfordere den Willen, sich der „Herausforderung“ zu stellen und den Landkreis „gestalten“ zu wollen. Und es erfordere auch neue Wohnkonzepte für das Alter: „Wir wollen nicht mehr Senioren- und Altenheime auf den Weg bringen“, betonte Drewes. Als neue Konzepte nannte er Senioren-WGs und häusliche Betreuung, die selbstständiges Leben so lang wie möglich ermögliche. Auch seien mehr generationenübergreifende Projekte nötig – auch wenn er infrage kommende Projekte nach eigenen Angaben noch nicht besichtigt habe. Doch, so Drewes, gebe es „Projekte des Sozialministeriums“, die denkbar seien. Auch sei die Förderung von Umbauten möglich – „gerade auf dem Land gibt es große, leerstehende Häuser“, meinte Drewes. Ein Konzept wie „Jung kauft Alt“ der Grünen, bei dem junge Familien Geld für den Bezug von Altbauten bekommen sollen, sei „der richtige Weg“ – auch wenn die „Frage der Finanzierbarkeit“ bleibe. „Die Zeit der riesigen Neubaugebiete ist jedenfalls vorbei“, so Drewes. In ein paar Jahren, pflichtete CDU-Kreisfraktionsvorsitzender Gunter Feuerbach bei, müsse man sich auch Gedanken über den Rückbau der Siedlungen aus den sechziger Jahren machen. Er könne sich vorstellen, den Umbau von Altbauten steuerlich zu unterstützen. Außerdem sei es „langfristig günstiger“, in Altbauten zu investieren als neu zu bauen, da dafür wiederum neue Infrastruktur geschaffen werden müsse. „Gerade in Obernkirchen“, so Feuerbach, müsse es auch möglich sein, leerstehende Geschäfts- in Wohnhäuser umzuwandeln. „Wir müssen uns die Frage stellen: Wo ist es sinnvoll, zurückzubauen oder Wohnstrukturen zu stärken?“, fragte Martin Schulze-Elvert von der CDU/WGO-Gruppe im Obernkirchener Rat. Wichtig sei hier „sachorientierte Politik“, egal von welcher Partei ein Vorschlag komme. mld